

Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn

MARTIN BRUSIS

Das Verhältnis zwischen Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn und der EU war durch die Konzipierung der Erweiterungsstrategie und die Eröffnung des Erweiterungsprozesses bestimmt. Der Europäische Rat von Luxemburg berücksichtigte die unterschiedlichen Fortschritte der genannten Länder auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft durch die Entscheidung, Beitrittsverhandlungen mit Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Estland, nicht aber mit der Slowakei aufzunehmen.¹ Damit folgte er im wesentlichen dem Verhandlungs- und Erweiterungskonzept, das die Kommission im Juli 1997 mit ihrer Agenda 2000 vorgelegt hatte.² Die zu Verhandlungen eingeladenen Staaten sahen ihre Reformpolitik bestätigt und interpretierten die im Juli 1997 von der Kommission vorgelegte kritische Analyse als konstruktive Unterstützung. Die slowakische Regierung gab sich zuversichtlich, im weiteren Beitrittsprozeß aufholen zu können, und verzichtete darauf, die Kommission so massiv zu kritisieren, wie dies Litauen und Lettland zuvor getan hatten.³

Damit akzeptierten die mittel- und osteuropäischen Länder (MOE) die von der EU entworfene Heranführungsstrategie – eine Haltung, die nicht nur die realen Kräfte- und Abhängigkeitsverhältnisse in Europa widerspiegelt, sondern auch durch handfeste Interessen an einem EU-Beitritt begründet ist. Die politischen und ökonomischen Eliten in der Region erwarten, daß die EU-Mitgliedschaft ihre Länder an den für sie relevanten Entscheidungen europäischer Politik beteiligt, die Demokratie stabilisiert und durch eine vertiefte wirtschaftliche Integration den Wohlstand der Bürger vergrößert. Während die allgemeine Integrationsbereitschaft in diesen Erwartungen eine starke Basis findet, ist die Europapolitik der hier betrachteten Länder im Spannungsverhältnis mit den politischen, ökonomischen und durch die Heranführung bewirkten Entwicklungen zu sehen.

Wahlkämpfe im Kontext des Beitrittsprozesses

Die politische Entwicklung in Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn war durch weitere Konsolidierungsfortschritte gekennzeichnet. In vier der fünf Länder fanden im zurückliegenden Jahr Wahlkämpfe statt, die das politische Leben beherrschten und für Polen, Ungarn und Tschechien in – erneut demokratisch einwandfrei verlaufenen – Wahlen Regierungswechsel herbeiführten. In der Slowakei dauerte der Wahlkampf noch an, und die innenpolitische Situation drohte den fairen beziehungsweise demokratischen Verlauf der im September 1998 geplanten Wahlen zu gefährden.

Nachdem die Volksabstimmung über die Direktwahl des slowakischen Staatspräsidenten und den Beitritt zur NATO am 23./24. Mai 1997 unter chaotischen

Umständen gescheitert war, verstärkte sich die politische Polarisierung zwischen dem Regierungs- und dem Oppositionslager weiter. Am 1. März 1998 endete die Amtszeit des Staatspräsidenten Michal Kováč, ohne daß sich die Regierung und die Opposition auf ein neues Staatsoberhaupt einigen konnten. Kováč, der den autoritären Regierungsstil Meciar wiederholt kritisiert hatte, versuchte im Februar 1998 nochmals, ein Referendum anzusetzen, was jedoch von der Regierung verhindert wurde. Im zurückliegenden Jahr verletzte die Regierungsmehrheit mehrere Verfassungsgrundsätze und demokratische Prinzipien: Sie verhinderte eine wirkliche Beteiligung der Opposition an den parlamentarischen Kontrollausschüssen für Geheimdienste und Medien; sie änderte das Wahlgesetz so, daß kleine Parteien benachteiligt und die Neutralität der Wahlkommissionen gefährdet wurden; am 30. September 1997 mißachtete sie das Votum des Verfassungsgerichtes, dem ehemaligen Abgeordneten der Regierungspartei HZDS, František Gaulieder, sein (zunächst aberkanntes) Mandat zurückzugeben; schließlich war sie nicht bereit, den in der Slowakei lebenden Angehörigen von nationalen Minderheiten den Gebrauch ihrer Sprache im amtlichen Verkehr durch ein Gesetz zu garantieren. Diese Aktionen wurden von der EU mehrfach kritisiert und bewogen die Kommission und den Europäischen Rat dazu, die Slowakei als einziges Kandidatenland aufgrund ihrer Demokratiedefizite nicht zu den Beitrittsverhandlungen einzuladen.

Angesichts dieser autoritären Tendenzen und der Gefahr, in den Wahlen marginalisiert zu werden, bildeten die liberalen und christdemokratischen Oppositionsparteien ein Bündnis, und die Parteien der ethnisch ungarischen Minderheit fusionierten. Für die Oppositionspolitiker stellte die EU-Beitrittsperspektive ebenso wie die Kritik der Union an Mečiar's Regierungspraxis einen wichtigen Bezugspunkt für ihre Bemühungen um eine politische Wende dar. Die Schlüsselbedeutung der EU für den Demokratisierungsprozeß in der Slowakei ergab sich auch daraus, daß die Mečiar-Regierung es sich trotz ihres besonders engen Verhältnisses zu Rußland nicht leisten konnte, die Zurückweisung und Kritik aus Brüssel mit der Zurücknahme ihres Beitrittsantrages zu beantworten.

In Tschechien, Polen und Ungarn bestätigten die Wahlkämpfe, daß die Spielregeln und -praktiken der Demokratie sich weiter konsolidierten. Nachdem der Nimbus der Person Vaclav Klaus und des tschechischen Transformationsmodells bereits mit der Wahlniederlage im Juni 1996 und der ökonomischen Rückschläge 1997 Schaden genommen hatte, stürzte die von Klaus geführte Minderheitsregierung Ende November 1997 über einen Parteispenskandal. Die Ursachen lagen in den anhaltenden wirtschaftlichen Krisentendenzen, der wachsenden Kritik an Klaus' Regierungsstil innerhalb der Bürgerpartei (ODS) und der eingeschränkten Handlungsfähigkeit seiner Regierung.⁴ Der Rücktritt der Klaus-Regierung löste eine Umgruppierung des bürgerlichen Parteienspektrums aus: die Bürgerallianz zerfiel, und die ODS-internen Kritiker von Klaus gründeten im Januar 1998 eine neue bürgerliche Partei, die Freiheitsunion. Bei den Wahlen setzte sich der bereits 1996 wahrnehmbare Linkstrend fort, allerdings verlor die ODS viel weniger Stimmen als erwartet. Die Sozialdemokraten gewannen deutlich hinzu, blieben jedoch unter der

absoluten Mehrheit. Nachdem Koalitionsverhandlungen mit den kleineren Parteien gescheitert waren, bildeten sie eine von der ODS tolerierte Minderheitsregierung.

In Ungarn gelang es der sozialistisch-liberalen Regierung von Gyula Horn trotz ihrer außen- und wirtschaftspolitischen Erfolgsbilanz nicht, bei den Parlamentswahlen am 10. und 24. Mai 1998 ihre Mehrheit zu verteidigen. Die rechtsliberalen Jungdemokraten konnten sich als führende bürgerliche Partei profilieren und die weitverbreitete Unzufriedenheit über die Sparmaßnahmen der Horn-Regierung seit 1995 zu ihren Gunsten mobilisieren. Zusammen mit der konservativen Partei der Kleinlandwirte bildeten sie im Juni 1998 die neue Regierung unter Leitung von Victor Orbán.

In Polen endete die Regierungszeit der Postsozialisten bereits mit den Parlamentswahlen am 21. September 1997. Ähnlich wie die ungarischen Jungdemokraten konnte die Wahlaktion Solidarnosc (AWS) die Führungsrolle im rechten Parteienspektrum übernehmen und die verschiedenen Strömungen integrieren. Die AWS gewann die Wahlen und bildete mit der Freiheitsunion eine neue Regierung unter der Führung von Jerzy Buzek.⁵

Im Gegensatz zu Tschechien und Ungarn waren der polnische Wahlkampf und die ersten Monate der neuen Regierung durch eine stärkere Artikulierung EU-kritischer Positionen gekennzeichnet. Diese Tendenz verstärkte sich nach dem Regierungswechsel, als die EU-Kommission im Mai 1998 die für Polen vorgesehenen PHARE-Mittel von 212 Mio. ECU auf 178 Mio. ECU kürzte, da die polnische Regierung nach Ansicht der Kommission einige PHARE-Projekte nicht hinreichend vorbereitet hatte. Von den klerikal-nationalen Europakritikern in der AWS wurde die Mittelkürzung als Bestrafung dafür interpretiert, daß die neue polnische Regierung ihre nationalen Interessen mit besonderem Nachdruck gegenüber Brüssel vertritt.⁶

Die seit 1996 in Slowenien amtierende große Koalition aus den Liberaldemokraten, der konservativen slowenischen Volkspartei und der Rentnerpartei intensivierte im zurückliegenden Jahr ihre Beitrittsvorbereitungen. Im Juli 1997 änderte sie die slowenische Verfassung und ermöglichte ausländischen natürlichen Personen den Grundstückserwerb. Die EU hatte diese Änderung zur Bedingung für den Abschluß eines Europa-Abkommens mit Slowenien gemacht. Die slowenische Regierung versuchte, den konsensuellen Charakter des slowenischen Transformationsweges zu erhalten. Das hohe wirtschaftliche Entwicklungsniveau, die Erbschaft des vergleichsweise liberalen und weltoffenen jugoslawischen Sozialismus und die weitgehende ethnische Homogenität führten dazu, daß Slowenien als neuer Nationalstaat nicht solche Konsolidierungsprobleme wie die Slowakei hatte.

Stabilisierungstendenzen und Strukturreformen

Auch wenn sich die positive konjunkturelle Entwicklung der hier behandelten Länder im zurückliegenden Jahr stabilisierte, wurde sichtbar, daß die Regierungen erst einen Teil der zum EU-Beitritt notwendigen wirtschaftsstrukturellen Reformen bewältigt hatten. Verzögerte Unternehmenssanierungen und der unregulierte Kapi-

talmarkt, mangelnde Exporte und Lohnsteigerungen oberhalb des Produktivitätszuwachses hatten die tschechische Regierung im Mai 1997 gezwungen, die Krone abzuwerten und die Staatsausgaben um 2,5% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu reduzieren.⁷ Die tieferen Ursachen der tschechischen Krise lagen vor allem darin, daß die Coupon-Privatisierung Eigentumsverhältnisse hervorgebracht hatte, die eine wirksame Kontrolle und Modernisierung der Unternehmen erschwerten. Die Stabilisierungsmaßnahmen bewirkten ein stärkeres Exportwachstum im vierten Quartal 1997 und eine Verringerung des Handelsbilanzdefizites; allerdings erhöhten sich infolge der Abwertung sowohl die Inflationsrate als auch die Arbeitslosenquote.⁸ Die Strukturprobleme versuchte die tschechische Regierung dadurch in den Griff zu bekommen, daß sie – wie auch von der Europäischen Kommission gefordert – eine Wertpapieraufsicht einrichtete und ankündigte, ihre Eigentumsanteile an den drei führenden Banken zu veräußern.

In der Slowakei wuchs das BIP 1997 um 6,5%, das heißt nur geringfügig weniger als im Vorjahr; die Inflationsrate und die Arbeitslosenquote erhöhten sich leicht auf 6,1% beziehungsweise 12,5%. Das Leistungsbilanzdefizit konnte auf 6,9% des BIP (1996: 10,1%) reduziert werden, nachdem die die Regierung im August 1997 einen Importzuschlag eingeführt hatte.⁹ Trotz dieser verhältnismäßig günstigen makroökonomischen Entwicklung fand bisher kein durchgreifender Restrukturierungsprozeß auf der Unternehmensebene statt, und das Bankensystem wurde noch nicht konsolidiert. Infolgedessen mußte die slowakische Zentralbank die drittgrößte Bank des Landes aufgrund von Liquiditätsproblemen von Dezember 1997 bis April 1998 unter Zwangsverwaltung stellen.

Ungarn erzielte 1997 ein reales BIP-Wachstum von 4,4%, während das Leistungsbilanzdefizit mit 2,2% des BIP relativ gering blieb.¹⁰ Diese positive wirtschaftliche Entwicklung basierte auf dem Stabilisierungsprogramm vom März 1995, das eine stufenweise Abwertung des Forint vorsah, einen (inzwischen wieder aufgehobenen) Importzuschlag einführte, die Sozialausgaben kürzte und die Gehälter im öffentlichen Sektor einfrore. Es gelang dadurch, die Außenverschuldung deutlich zu reduzieren und das Staatshaushaltsdefizit auf 4,5% des BIP zu senken (1994: 8,4%). Allerdings blieb die Inflationsrate mit 18,3% im Jahre 1997 weiterhin hoch.¹¹ Bei der Reform des Bankwesens, der Privatisierung der Energiewirtschaft und der Umstrukturierung von Kohle- und Stahlindustrie nahm Ungarn auch 1997 eine Führungsrolle unter den MOE-Staaten ein.

Sloweniens wirtschaftliche Situation zeichnete sich durch ein besonders niedriges Haushaltsdefizit aus, das 1997 nur 1% des BIP betrug.¹² Schwerpunkte der Strukturreformen waren die Privatisierung der großen staatseigenen Banken und die Einführung der Mehrwertsteuer.¹³ Aufgrund des besonders ungünstigen Verhältnisses von Erwerbstätigen zu Rentnern stand die Regierung unter starkem Druck, das Rentensystem zu reformieren. Nach Gewerkschaftsdemonstrationen im April 1998 verzichtete sie jedoch zunächst darauf, obligatorische kapitalgedeckte Rentenfonds einzuführen.¹⁴

Die polnische Volkswirtschaft entwickelte sich im zurückliegenden Jahr ebenfalls weiter positiv. Das hohe BIP-Wachstum setzte sich 1997 fort, und die Inflati-

onsrate beziehungsweise die Arbeitslosenquote verringerten sich im Laufe des Jahres. Die seit September 1997 amtierende neue Regierung unternahm ernsthafte Schritte, um eine Reihe der über Jahre hinweg aufgeschobenen Strukturprobleme zu lösen. Ende Juni 1998 kündigte sie an, die Beschäftigtenzahl in der Stahlindustrie bis zum Jahre 2003 zu halbieren. Im Zuge der Umstrukturierung sollen die im Staatseigentum befindlichen Stahlunternehmen bis 2001 privatisiert werden. Die Kohlegruben sollen teils geschlossen, teils bis 2002 privatisiert werden.¹⁵ Zuvor hatte die Europäische Kommission in der Beitrittspartnerschaft von Polen verlangt, bis zum 30. Juni 1998 einen Plan zur Umstrukturierung der Stahlindustrie vorzulegen. Außerdem hatte sie die Duldung höherer Importzölle für EU-Stahlerzeugnisse an die Verabschiedung eines derartigen Programmes geknüpft.¹⁶

Am 8. Mai 1998 beschloß der Sejm die ersten Gesetze zur Verwaltungs- und Gebietsreform.¹⁷ Nach den Plänen der Regierung soll die Zahl der Wojewodschaften verringert und ihre finanzielle Autonomie vergrößert werden. Ein nach wie vor unbewältigtes Strukturproblem ist die polnische Landwirtschaft, in der ineffiziente Kleinbetriebe (mit Nutzflächen unter fünf Hektar) dominieren und über ein Viertel der Erwerbstätigen nur 7% des BIP erarbeiten.¹⁸

Die Umsetzung der Europa-Abkommen und des Weißbuches zur Rechtsangleichung verlief in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Stil und Tempo. Während die Kommission mit Ungarn in bezug auf die Handelskooperation zufrieden war, traten im polnischen Falle „zu viele handelsbezogene Probleme“ auf. Tschechien und die Slowakei verstießen mit der Einführung einer Importkaufspflicht beziehungsweise eines Systems der Hinterlegung von Einfuhrabgaben gegen das Europa-Abkommen. Ungarn machte nach Einschätzung der Kommission auch die größten Fortschritte bei der Umsetzung des Weißbuches zur Rechtsangleichung. Slowenien und die Slowakei setzten EU-Recht in „zufriedenstellendem“ beziehungsweise „befriedigendem“ Maße um, Polen und Tschechien dagegen müssen noch beträchtliche gesetzgeberische Arbeit leisten.¹⁹

Neben einzelnen Politikbereichen wie Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Umweltschutz enthält vor allem die Übernahme des Schengener Abkommens innenpolitischen Sprengstoff. Zwar erklärten sich die MOE-Staaten im Juni 1998 bereit, schon vor ihrem Beitritt den Besitzstand von Schengen schrittweise zu übernehmen,²⁰ Polen und Ungarn betrachten den visafreien Reiseverkehr mit der Ukraine und Rumänien jedoch als wertvolle Errungenschaften der politischen Transformation und wollen im Interesse der guten Beziehungen mit ihren östlichen Nachbarn keine Abschottungssignale aussenden.

Europabezogene Orientierungen und Leitbilder

Die Europapolitik der MOE-Staaten steht in engem Zusammenhang mit politisch-kulturellen Faktoren, die in den Einstellungen der Bürger zur EU und den europa-bezogenen Leitbildern der politischen Akteure zum Ausdruck kommen. Die Eurobarometer-Umfragen der Europäischen Kommission zeichnen ein repräsentatives Bild von den in Mittel- und Osteuropa verbreiteten Meinungen und Einstellungen.²¹

Die jüngste Umfrage vom November 1997 ergab, daß im Falle eines Referendums eine Mehrheit der Polen, Slowaken, Slowenen und Ungarn für den EU-Beitritt ihres Landes stimmen würden.

Nachdem die EU 1995 in Tschechien einen absoluten Tiefpunkt im Ansehen erreichte, hat sich ihr Image seitdem verbessert. Der Anteil derjenigen, die in einem Referendum für einen EU-Beitritt stimmen würden, nahm gegenüber dem Vorjahr deutlich um 6% zu und erreichte 1997 49%. Damit zeigten sich die Tschechen verglichen mit den Bürgern der übrigen Länder noch immer besonders kritisch gegenüber der EU. Diese Grundstimmung wurde erfolgreich von Vaclav Klaus und der ODS repräsentiert, die die EU als bürokratische, etatistische und reformbedürftige Organisation zu kritisieren pflegten. Demgegenüber verkörperten die tschechischen Sozialdemokraten stärker integrationsfreundliche Ansichten.

Das anfänglich gute Image der EU bei der ungarischen Bevölkerung verschlechterte sich nach 1990 zunächst und erreichte 1995 einen Tiefpunkt. Im letzten Jahr verbesserte sich der allgemeine Eindruck von der Union deutlich um 9%. 1997 war erstmals eine Mehrheit der Bürger (56%) bereit, in einem hypothetischen Referendum den EU-Beitritt Ungarns zu unterstützen. Eine breite Zustimmung zur Westintegration signalisierte auch das im November 1997 abgehaltene Referendum zum NATO-Beitritt Ungarns, bei dem 85,3% der ungarischen Bürger für den (von allen parlamentarischen Parteien unterstützten) Beitritt votierten.²²

Kritik am EU-Beitritt äußerten vor allem ungarische Bauern, für die ein einheitlicher Markt mit dem Ausverkauf wertvollen Ackerlandes an Ausländer einhergeht. Die an der neuen Regierung beteiligte Kleinlandwirtepartei und die neu im Parlament vertretene rechtsextremistische Partei MIÉP verstehen sich als Anwälte dieser Gruppen. Die neue Regierung kündigte bereits an, den Verkauf von Ackerland an Ausländer zu verbieten. Die insgesamt zweifellos große Integrationsbereitschaft der ungarischen Parteien begründet sich auch dadurch, daß viele Politiker hoffen, auf supranationaler Ebene die Interessen der ethnisch ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten wirksamer schützen zu können.

In Polen verringerte sich der Anteil der Bürger, die in einem Referendum für eine Mitgliedschaft stimmen würden, gegenüber dem Vorjahr um sieben Prozentpunkte, war mit 63% aber noch immer höher als in den anderen MOE-Staaten. Diese hohe Zustimmung läßt sich damit erklären, daß sich die polnischen Bürger in einem emphatischen Sinne seit je her als Teil Europas fühlten und deshalb ihren natürlichen Platz in der – Europa repräsentierenden – EU sahen. Die positiv-affektive Grundstimmung unterlag insofern einem Wandel, als die Postsozialisten und die Freiheitsunion die EU-Integrationsperspektive zu einem Kernpunkt ihrer politischen Argumentation machten, wodurch sie zum Bestandteil der politischen Auseinandersetzung wurde. Während die Postsozialisten und die Freiheitsunion gesellschaftliche Gruppen ansprachen, die ihren Status durch die wirtschaftliche Transformation verbessern konnten, vertraten die Bauernpartei (PSL) und die Wahlaktion Solidarnosc (AWS) mit euroskeptischen Positionen eher die Transformationsverlierer. Die AWS bekannte sich zu einem Europa der Vaterländer, wehrte sich aber gegen einen „Beitritt auf den Knien“.²³ Ihr klerikal-nationaler Flügel interpretierte

die EU als Verschwörung westlich-liberaler Übel.²⁴ Die PSL versuchte, ähnlich wie die ungarische Kleinlandwirtpartei, sich als Anwältin der Bauernschaft darzustellen und Befürchtungen der polnischen Landwirte gegenüber der Ausdehnung des EU-Agrarmarktes auf Polen aufzugreifen.

Bei der slowakischen Bevölkerung verbesserte sich das Image der EU gegenüber 1996 um zwölf Prozentpunkte auf 46% im Jahre 1997, obwohl die Kommission sich aus politischen Gründen gegen Beitrittsverhandlungen mit der Slowakei ausgesprochen hatte. Der Anteil der Bürger, die in einem Referendum für den Beitritt stimmen würden, nahm sogar um 16 Prozentpunkte zu, 1997 wurde damit eine deutliche Mehrheit von 62% erreicht. Dieses erstaunliche Ergebnis deutet darauf hin, daß die slowakischen Bürger zum einen keinen „Zurückweisungsschock“ erlitten. Zum anderen übernahmen sie im Konflikt zwischen der slowakischen Regierung und der EU nicht die Interpretation ihrer Regierung, wonach die EU die Slowakei übermäßig kritisch bewerte. Vielmehr sahen sie die Union unabhängig von – oder gerade wegen – ihrer massiven politischen Interventionen in die slowakische Politik als zunehmend wichtigen äußeren Bezugspunkt.

In Slowenien nahm die Bereitschaft, für einen EU-Beitritt zu stimmen, stark zu und betrug 1997 57%. In vielen Äußerungen betonten slowenische Politiker die wirtschaftsbezogenen Aspekte und materiellen Vorteile der EU-Mitgliedschaft. Diese interessenbewußte, nüchterne Haltung begründet sich nicht zuletzt daraus, daß föderalistische Leitbilder einer Integration aufgrund der jugoslawischen Föderationserfahrung in Slowenien besonders diskreditiert sind.

Während in Polen und in geringerem Maße auch in Ungarn von traditionalistisch-nationalorientierten politischen Kräften Kritik an der EU geäußert wird, läßt sich in Tschechien und Slowenien auch eine Euroskepsis beobachten, die von liberalen, eurokatiekritischen Politikern und Ökonomen vorgetragen wird. Trotz dieser kritischen Strömungen gilt für alle ostmitteleuropäischen Länder, daß die politischen und wirtschaftlichen Eliten in ihrer überwiegenden Mehrheit den EU-Beitritt unterstützen. Auf dem Weg dorthin sind allerdings noch zahlreiche Hindernisse zu bewältigen.

Anmerkungen

- 1 Der Begriff „mittel- und osteuropäische Länder“ bezieht sich auf die zehn Länder, die ein Europa-Abkommen mit der EU geschlossen haben.
- 2 Vgl. auch Lippert, Barbara: Der Gipfel von Luxemburg: Startschuß für das Abenteuer Erweiterung, in: *integration 1* (1998) S. 12-31.
- 3 Reuters World Report v. 13.12.1997.
- 4 Vgl. z.B. Pehe, Jiří: Czechs Fall From Their Ivory Tower. The Mirage of the Czech Miracle, in: *Transitions 3* (1997), S. 22-27.
- 5 Vgl. auch Ziemer, Klaus: Die Konsolidierung der polnischen Demokratie in den neunziger Jahren, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6-7/1998, S. 29-38.
- 6 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 4.6.1998.
- 7 Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* v. 24.3.1998.
- 8 Vgl. *NZZ* v. 13./14.6.1998.
- 9 Vgl. *NZZ* v. 9.7.1998.
- 10 Vgl. *NZZ* v. 9./10.5.1998.
- 11 Vgl. *NZZ* v. 9./10.5.1998.
- 12 Vgl. *Süddeutsche Zeitung* v. 8.7.1998.
- 13 Vgl. *Financial Times* v. 18.5.1998.
- 14 Vgl. ebd.
- 15 Vgl. *NZZ* v. 2.7.1998.
- 16 Vgl. *Agence Europe* v. 12.2.1998.

17 Vgl. FAZ v. 9.5.1998.

18 Vgl. FAZ v. 13.8.1997.

19 Die zitierten Bewertungen stammen aus: Europäische Kommission: Agenda 2000 – Zusammenfassungen und Schlußfolgerungen der Kommission zu den Beitrittsanträgen zur Europäischen Union, Brüssel/Straßburg 15.7.1997 DOC/97/8.

20 Vgl. Agence Europe v. 26.6.1998.

21 Die Umfrageergebnisse stammen aus: Euro-

pean Commission (1998): Central and Eastern Eurobarometer. Public Opinion and the European Union, <http://europa.eu.int/en/comm/dg10/infcom/epo/polls.html>.

22 Vgl. Financial Times v. 9.12.1997.

23 AWS-Vorsitzender Marian Krzaklewski, zitiert in: Mildenberger, Markus: Die polnische Rechte und Europa, in: Osteuropa 4 (1998), S. 382-391, S. 387.

24 Vgl. NZZ v. 23.5.1997.

Weiterführende Literatur

Bertelsmann Stiftung / Forschungsgruppe Europa (Hrsg.): Kosten, Nutzen und Chancen der Osterweiterung für die Europäische Union, Gütersloh 1997.

Europäische Kommission: Agenda 2000. Eine stärkere und erweiterte Union, in: Bulletin der Europäischen Union, Beilage 5 (1997),

Luxemburg 1997.

European Bank for Reconstruction and Development: Transition Report 1997, London 1997.

Wagener, Hans-Jürgen, Heiko Fritz (Hrsg.): Im Osten was Neues? Aspekte der EU-Osterweiterung, Bonn 1998.